

## Die Portfolio- Analyse oder: Wohin geht die Uni?

Autor(en): Rolf Soiron  
Quelle: Basler Stadtbuch  
Jahr: 2004

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/b74b7111-6232-416f-8556-67838163d262>

### Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform [www.baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

### Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

# Die Universität im Umbruch

## Die Portfolio-Analyse oder: Wohin geht die Uni?

Rolf Soiron

*Die Lehre wurde flächendeckend überdacht, modernisiert und auf «Bologna» ausgerichtet.*



1. Basel erwartet viel von seiner Universität. Darauf hat sie seit Mitte der 90er Jahre mit einer bewussten Entwicklung nach vorne geantwortet. Stärken wurden gefestigt, so das Biozentrum. Vernachlässigte Positionen wurden erneuert – Beispiele sind die Pharmazie und die Psychologie. Es wurde aber auch ganz Neues aufgebaut, wie die Medienwissenschaften, die Nanotechnologie und die Informatik. Die Lehre wurde flächendeckend überdacht, modernisiert und auf «Bologna» ausgerichtet. Infrastrukturen – namentlich Gebäude – und Organisation – die Finanzen oder die IT – wurden auf einen besseren Stand gebracht. Vieles bleibt zu tun, aber einiges kann sich sehen lassen. Davon zeugen Preise, Projekte, Berufungen, steigende Studierendenzahlen. Basel zählt zu den 100 besten Universitäten der Welt.<sup>1</sup> Das ist nicht selbstverständlich.

2. Gratis ist nichts zu haben. Strategiepapiere, Eingaben und Debatten hatten Öffentlichkeit und Behörden seit langem und unablässig auf den Widerspruch zwischen den Erwartungen an

die Universität und ihrer finanziellen Ausstattung durch die Träger sowie auf die Notwendigkeit zusätzlicher Mittel hingewiesen. Dies wurde nie bestritten, auch von den beiden Basler Regierungen nicht. Aber der Stadtkanton, selber in finanziellen Nöten, erwartete von der Landschaft, deren Studierendenzahl diejenige der Stadt seit langem übertraf, die Übernahme eines grösseren Teils der Lasten. Liestal stimmte dem Prinzip einer «Vertiefung des Universitätsvertrages» zu, vermied es aber, sich auf Genaues festzulegen. 1999 hatten die beiden Basel Verhandlungen aufgenommen, aber man trat an Ort. Da sich die Kostenschere derweil immer weiter öffnete und Defizite in zweistelliger Millionenhöhe drohten, musste der Universitätsrat Jahr um Jahr härtere Reduktionen des Budgets verfügen.

3. Die Verhandlungen der Kantone drehten sich weiter im Kreis. In einer Klausur kamen Universitätsrat und Rektorat im September 2002 zum Schluss, nur Einsparungen könnten Spielraum für Notwendiges schaffen, da finanzielle Verbesserungen ausgeblieben seien. Zwar stimmte die Landschaft 2003 erfreulicherweise einem Jahresbeitrag von 7 Millionen Franken für den Unterhalt der Liegenschaften zu, die Stadt reduzierte aber umgehend ihre Leistungen entsprechend, sodass für die Universität wieder nichts gewonnen war. So legte das Rektorat dem Universitätsrat im September 2003 erste Verzicht-Varianten vor, die es mit den Dekanen vorbereitet hatte. Darunter figurierte einiges, was später im definitiven Beschluss enthalten sein sollte. Allerdings machten diese Vorschläge nur etwa 5 Millionen Franken frei, und das genügte dem Universitätsrat nicht: Er wollte eine griffigere und umfassendere Strategie.

Mit vehementen Reaktionen der Betroffenen war zu rechnen. Darum legte der Rat Wert auf sorgfältige Argumentation und eine gute kommunikative Vorbereitung. Fakultäten und Dekane sollten stufengerecht in die Entscheidungen einbezogen werden. Öffentlichkeit und Behörden sollten die Richtungsänderungen durch den Einbau in die schon lange zu erneuernde Leistungsvereinbarung debattieren und sanktionieren können.

Unverzüglich wurden die Kriterien vorgestellt, nach denen allfällige Abbauten zu beurteilen seien.<sup>2</sup> Die Reaktionen und Diskussionen waren noch ziemlich flau. Ein Ausschuss von Universitätsrat und Rektorat machte sich daran, weitere Vorschläge im Einzelnen durchzugehen. Parallel dazu wurden die städtischen Parlamentsfraktionen und einzelne Medien über das Projekt informiert. Sie wurden vorgewarnt, dass eine heftige Debatte im Anzug sei. Im Dezember informierten Präsident und Vizepräsidentin des Universitätsrats die Regenz, bestätigten, dass ein Plan des Universitätsrats auf Ende Januar 2004 zu erwarten sei; er werde dann den Fakultäten zur Vernehmlassung übergeben.

4. Als der Universitätsrat am 22. Januar 2004 Dekanen, Regenz und Öffentlichkeit seinen Vorschlag vorstellte, war aus der reinen Verzichtsplanung mehr geworden. Der Bericht sagte nämlich jetzt auch, welche Ausbauten unerlässlich seien. Da der Universitätsrat überzeugt war, er könne von den Kantonen nicht nur fordern, wurden auch Einsparungen, ja Schliessungen genannt, und zwar dort, wo es – nach Auffassung des Universitätsrats – in der Schweiz genügende Alternativen gab, kein vitales Basler Interesse bestand und tiefe Studierendenzahlen die Aufwendungen nicht rechtfertigten. Abstriche wurden auch in der Verwaltung und bei den Gehältern vorgeschlagen.

Die Reaktionen waren heftig. Schon während der Pressekonferenz demonstrierten Studierende gegen die Vorschläge, die sie noch gar nicht kannten ... Bald folgten Dozierende und Studierende der betroffenen Fächer. Dekane, die noch im Herbst selber Verzichtsplanungen zugestimmt hatten, wurden zu Kritikern. Die Vorschläge, obwohl erst zur Vernehmlassung vorgelegt, wurden als Diktat gebrandmarkt. Die Medien gaben den Kritiken breiten Raum, und zwar während Wochen. Der Akzent lag fast ausschliesslich auf den Einsparungen und Schliessungen, während die bereits geschehenen oder vorgeschlagenen Ausbauten sowie der politische und finanzielle Gesamtrahmen der Universität wenig zur Sprache kamen. Eine knappe Woche

später demonstrierten Tausende auf dem Marktplatz gegen den «Raubbau an der Bildung». Aktions- und Diskussionsveranstaltungen folgten. Auf dem Internet wurden Institute und Institutionen in der ganzen Welt mobilisiert. Es trafen einige Hundert Protestschreiben von Universitäten und von Akademien, Botschaften, von Verbänden und von Einzelnen ein.

Es gab auch andere Stimmen. Manche in der Universität stimmten dem institutionalisierten Protest nicht zu. Staatssekretär Kleiber zollte dem Willen Respekt, Veränderungen vorzunehmen, genauso wie die Regierungen, Parlamentarier beider Kantone und von verschiedenster Couleur, die Handelskammer, usw. Die Vereinigung der Universitätsrektoren sagte weitere «Eingriffe von oben» voraus, falls die Universitäten das Notwendige nicht selber regelten; wenig später publizierten sie einen klaren Vorschlag, wie bei Fächern mit sehr kleinen Studierendenzahlen zusammenzuarbeiten sei.<sup>3</sup>

5. Die Stellungnahmen der meisten Fakultäten, Departemente, Vereinigungen – auch der kaum Betroffenen! – und der Personalverbände waren aus den verschiedensten Gründen negativ. Alternativen zu den Einsparungen oder Vorschläge, welche die Ausstattung der Universität verbessert hätten, nannten sie kaum.

So blieb denn der Universitätsrat in seinem definitiven Antrag an die Regierungen vom 6. April bei seinen Grundsatzlinien, wonach

- mit der Leistungsvereinbarung die grundsätzlichen Richtungsänderungen, Ausbauten und Abbauten auch von Trägerseite zu unterstützen seien,
- die beiden Kantone sich auf die Erhöhung ihrer Globalbeiträge 2005 bis 2008 um 17 Millionen Franken
- sowie auf angemessene Beiträge an den Erneuerungs- und den Immobilienfonds sowie auf ein Investitionsprogramm für die Bauten zu einigen hätten;
- ferner wurde einmal mehr die ausstehende gesetzliche und finanzielle Regelung der klinischen Medizin erwähnt

- und auf die begonnenen Diskussionen über die Zusammenarbeit der medizinischen Fakultäten von Bern und Basel sowie eine gesamtschweizerische Lösung in der Zahnmedizin hingewiesen.

Den Fakultäten Phil. I und II wurde zugestanden, die Einzelheiten der Sparmassnahmen zu überarbeiten; allerdings war die Summe der Einsparungen zu respektieren und auf lineare Einsparungen zu verzichten. Ende Sommersemester lagen diese Entwicklungspläne vor, erfreulich präzise formuliert. In beiden Fakultäten wurde die Notwendigkeit von Veränderungen eingesehen. Am 18. August konnte der Universitätsrat den vorgeschlagenen Anpassungen zustimmen. Dies bedeutet:

- In der Phil. I-Fakultät wird auf ein selbständiges Masterstudium der Slavistik verzichtet und ihre Ausstattung erheblich reduziert. Die Mittel der Musikwissenschaft und der Ur- und Frühgeschichte sowie in geringerem Ausmass die anderer Fächer werden zurückgefahren. Die Fakultät gliedert sich in Departemente, um die Zusammenarbeit zusammengehöriger Fächer zu verstärken.
- Die Phil. II-Fakultät verzichtet auf selbständige Masterstudien in Astronomie und Erdwissenschaften und reduziert deren Ausstattung. Hier sowie in der Botanik, in Mathematik, Chemie und Kernphysik werden gezielte Einsparungen vorgenommen. Ferner verpflichtet sich die Fakultät, bestimmte Zusatz-Einnahmen durch höhere Studierendenzahlen zu erzielen. Ein Departement «Umweltwissenschaften» soll diverse Institute zusammenfassen und dadurch stärken.

6. Die Auseinandersetzungen in der Universität und in der Öffentlichkeit waren hart. Aber sie liessen die Einsicht in die Grenzen der Möglichkeiten sowie in die Notwendigkeit von Veränderungen wachsen, intra et extra muros. Der Plan, der nun vorliegt, ist durch die Diskussionen solide geworden. Ja, es kann sein, dass auch das Selbstbewusstsein der Gremien auf allen Ebenen gewachsen ist. Dies konnte jedenfalls den Besuchern der «Uni-Nacht» am 18. Juni, Leistungsschau und Fest zugleich, so scheinen.

Zum Zeitpunkt dieses Berichts ist allerdings etwas Entscheidendes – noch – enttäuschend: Zwar bestätigen beide Regierungen und Stimmen aus den Parlamenten die Unerlässlichkeit finanzieller Entscheide zugunsten der Universität immer wieder. Aber die Delegationen, die seit fünf Jahren verhandeln, konnten sich über Konkretes immer noch nicht einigen. Die Universität hat ihre Hausaufgaben gemacht. Aber sie wartet immer noch ...

P.S. Ende Oktober erhob die basellandschaftliche Regierung die Mitträgerschaft an der Universität auf den 1. Januar 2007 zu ihrem Ziel. Und am 4. Januar 2005 stellten beide Basler Regierungen ihr Modell vor, nach welchem künftig die Kosten zu

verteilen seien. Man weiss nun also, wie der Kuchen verteilt werden soll, doch nicht, wie gross er sein wird. So wartet die Universität noch immer ...

#### Anmerkungen

- 1 Jiao Tong University Shanghai, Academic Ranking of World Universities, 2004.
- 2 Dieser Kriterienkatalog findet sich – wie alle andern relevanten Dokumente – auf der Homepage der Universität.
- 3 Universitätslandschaft Schweiz: Ziele 2015, publiziert am 15. April 2004.

*Stärken wurden gefestigt, so das Biozentrum.*

